



OECD-Wirtschaftsberichte Schweiz

Zusammenfassung

November 2019



- Die Wirtschaft unterstützt den Wohlstand erheblich
- Moderates Wachstum erwartet, Risiken nehmen zu
- Rechtzeitig getroffene Massnahmen würden die Folgen der Alterung besser auffangen
- Die Schweiz kann vom Technologiewandel stärker profitieren

Schlüsslempfehlungen

Makroökonomische Politik zur Unterstützung des Wachstums und zur Aufrechterhaltung einer niedrigen Inflation

- Nutzen Sie den verfügbaren fiskalischen Spielraum nach Bedarf, indem Sie die Spielräume unter den Ausgabengrenzen der „Schuldenbremse“ besser nutzen.
- Wenn die Inflation stark ansteigt, beginnen Sie damit, die Geldmenge zu reduzieren.

Herausforderungen im Finanzsektor angehen

- Richten Sie einen formalen Rahmen für die Festlegung von Hypothekenlimits ein, der die Erschwinglichkeit berücksichtigt und auf der Grundlage von «Comply-or-Explain» durchgesetzt wird.
- Stärkere Offenlegung klimarelevanter Risiken durch Finanzintermediäre gemäss den Empfehlungen der «Task Force on Climate-related Financial Disclosures».

Vorbereitung auf eine schnellere Alterung der Bevölkerung

- Setzen Sie das Rentenalter wie geplant für beide Geschlechter auf 65 fest, erhöhen Sie es schrittweise auf 67 und verknüpfen Sie es anschliessend mit der Lebenserwartung.
- Reduzieren Sie den für die Berechnung der Renten verwendeten Parameter („Mindestumwandlungssatz“) und machen Sie ihn zu einem flexibleren technischen Parameter, der per Verordnung festgelegt wird.
- Senkung der Einkommenssteuer (auf allen staatlichen Ebenen) durch Senkung der Steuersätze bei niedrigem Einkommen und Beseitigung der negativen Anreize für Zweitverdiener, die durch Erhöhung der Mehrwertsteuer, wiederkehrende Steuern auf unbeweglichem Vermögen und Umweltsteuern finanziert werden.
- Nutzen Sie die bestehende jährliche Konferenz zum Thema ältere Arbeitnehmer, um Wege zu finden, das Lohnfindungssystem flexibler zu gestalten und vom Dienstal zu entkoppeln.
- Die nach Alter gestaffelte Zunahme der Altersgutschriften in der zweiten Säule abflachen.
- Altersdiskriminierung verbieten und Durchsetzungsmechanismen einrichten.
- Ermöglichen Sie den Arbeitnehmenden, Lücken in ihren Rentenansprüchen durch Beiträge nach dem 65. Lebensjahr auszugleichen.
- Führen Sie die Kostendämpfungsprogramme fort, insbesondere für die Heilbehandlung und Arzneimittel.
- Führen Sie finanzielle Anreize und Sanktionen ein, um die Nutzung elektronischer Patientendossiers durch Gesundheitsfachpersonen zu fördern ebenso wie die die Eingabe qualitativ hochwertiger Daten.
- Setzen Sie innovative Instrumente wie Gutscheine oder individuelle Budgets ein, die auf den jeweiligen Pflegebedürfnissen basieren. Koordinatoren helfen dabei, durch das System zu navigieren und dieses auf kostengünstige Weise zu entwickeln.

Digitalisierung und neue Technologien annehmen

- Erleichtern Sie die Einwanderung von Hochqualifizierten aus Nicht-EU-Ländern, um den aktuellen Arbeitsmarktbedürfnissen gerecht zu werden.
- Reduzieren Sie Markteintrittsbarrieren, indem Sie unter anderem die Restriktionen für die Anzahl der Wettbewerber verringern und die kantonale Berufszulassung vereinfachen.
- Erhöhen Sie die Weiterbildungsausgaben für Arbeitsuchende, auch für diejenigen, die Sozialleistungen beziehen.
- Verwenden Sie Subventionen, um die Weiterbildung von Gruppen zu fördern, die am stärksten von den Auswirkungen der Digitalisierung bedroht sind.
- Weiten Sie den Einsatz digitaler Instrumente aus, um Dienste zu verbessern und Verfahren auf allen Regierungsebenen zu vereinfachen.
- Setzen Sie die OECD «Going Digital-Roadmap» zur Messung des digitalen Wandels mit Schwerpunkt auf aktuelleren und international vergleichbaren Daten um.
- Neugestaltung der staatlichen Automobilsteuer, um die Preisanreize für den Kauf emissionsarmer Fahrzeuge zu stärken.

Die Wirtschaft unterstützt den Wohlstand erheblich

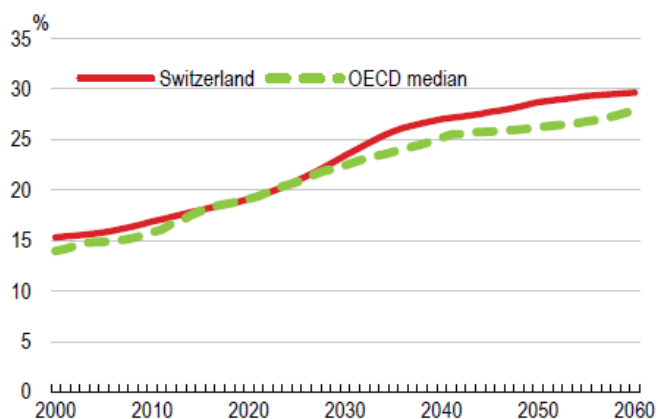
Die Schweiz weist das dritthöchste BIP pro Kopf der OECD auf, dies dank hoher Beschäftigungsquoten und hoher Produktivität. Diese stützen und werden gestützt durch ein gutes Abschneiden im Bereich Gesundheit und durch ein leistungsfähiges Bildungssystem.

Zahlreiche Indikatoren des Lebensstandards, wie das subjektive Wohlbefinden und die persönliche Sicherheit, gehören zu den höchsten in der OECD. Die CO₂-Intensität ist gering, was auf eine tiefe Energieintensität und eine nahezu CO₂-freie Stromerzeugung zurückzuführen ist. Allerdings trägt der Verkehr, der 40% der energiebedingten Treibhausgasemissionen verursacht, dazu bei, dass die Luftverschmutzung über internationale Richtlinien hinausgeht.

Anpassungen an den demografischen Wandel werden immer dringlicher. Durch die Pensionierung der geburtenstarken Jahrgänge und die Erhöhung der Lebenserwartung wird der Anteil der Bevölkerung ab 65 Jahren in den kommenden Jahrzehnten auf 30% steigen (Abbildung 1). Diese Entwicklung wird zusammen mit der digitalen Transformation sowohl auf Ebene des Individuums als auch der Wirtschaft neue Möglichkeiten eröffnen. Um diese Chancen zu nutzen und zu verhindern,

dass die Alterung für Unternehmen und Arbeitnehmende zu einer Belastung wird, sind in einigen Politikbereichen Anpassungen erforderlich, insbesondere der Altersvorsorge sowie der Beschäftigungs- und Gesundheitspolitik.

Abbildung 1. Die Bevölkerung wird älter
Anteil der Bevölkerung, der 65 Jahre und älter ist



Quelle: OECD, OECD Economics Department Long-term Model

Moderates Wachstum erwartet, Risiken nehmen zu

Die Wirtschaftsdynamik hat sich nach einem schwungvollen Jahr 2018 stark verlangsamt. Dies widerspiegelt zum Teil das Wegfallen der zuvor stützenden Effekte durch internationale Sportveranstaltungen, da in der Schweiz grosse internationale Verbände ansässig sind. Daneben belasten die zunehmenden Spannungen im Handelskonflikt sowie die wirtschaftliche Verlangsamung in Europa die Wirtschaftsaktivität. Die Geldpolitik war sehr expansiv, während die Fiskalpolitik neutral war.

Sowohl die Investitionen als auch die Exporte und Importe entwickelten sich schwach (Abbildung 2). Der Konsum wuchs dagegen solide und die Arbeitslosigkeit blieb tief. In einigen Sektoren, z. B. in technischen Bereichen, nehmen die Personalengpässe zu. Die Reallohnentwicklung war flach. Bei niedrigem Kostendruck ist die Inflation der Konsumentenpreise auf tiefem Niveau leicht positiv.

Das Wachstum zieht 2020 an, auch aufgrund von Sondereffekten (Tabelle 1). Abstrahiert man von den Effekten internationaler Sportveranstaltungen, wird das Wachstum nahe am Trend liegen. Eine Erholung des Lohnwachstums und ein gesunder Arbeitsmarkt werden den Konsum stützen. Die Prognoserisiken bleiben aufgrund der globalen Spannungen jedoch nach wie vor erheblich.

Tabelle 1. Das Wachstum dürfte 2020 zulegen

(Jährliche Wachstumsraten,%, sofern nicht anders angegeben)	2018	2019	2020
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	2.8	0.8	1.4
Privater Konsum	1.0	1.1	1.4
Staatlicher Konsum	0.3	1.1	1.1
Bruttoanlageinvestitionen	1.1	0.4	1.5
Waren- und Dienstleistungsexporte	2.9	-0.4	2.7
Waren- und Dienstleistungsimporte	-0.3	-0.6	3.3
Arbeitslosenquote (% der Erwerbspersonen)	4.7	4.5	4.5
Verbraucherpreisindex	0.9	0.5	0.4

Quelle: OECD, *OECD Economic Outlook database*, October 2019.

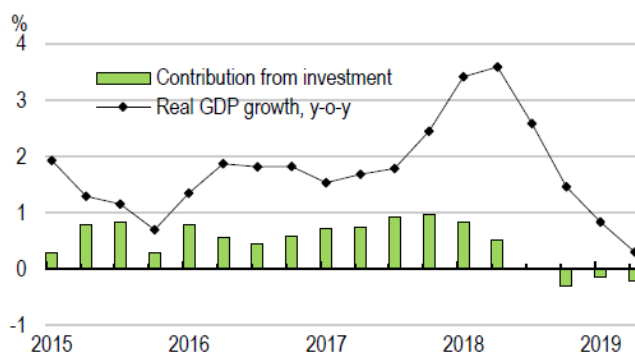
Der Leitzins ist seit 2015 negativ – bei -0.75% – und die Währungsreserven der Zentralbank bleiben hoch. Die tiefen Zinsen tragen zu den Risiken am Immobilienmarkt bei. Die zinsbedingten Risiken im Finanzsektor sind hoch.

Eine stärkere Nutzung des fiskalischen Spielraums würde die Möglichkeiten für eine Normalisierung der Geldpolitik erhöhen. Die Haushaltsüberschüsse betragen in den Jahren 2017 – 2018 mehr als 1% des BIP. Innerhalb der Schuldenbremse gibt es Spielraum, die Ausgaben zu erhöhen. Die Einnahmen waren höher als budgetiert und die Ausgaben lagen dauerhaft unter der Obergrenze. Die Schuldenbremse sollte Ausgabenüberschreitungen und Einsparungen symmetrisch behandeln. Sobald die Inflation einem deutlichen Aufwärtstrend folgt, sollte mit der geldpolitischen Normalisierung begonnen werden, unter Berücksichtigung der Aufwertungsrisiken.

Strengere Kreditvergabekriterien würden Risiken der Finanzstabilität verringern. Höhere Hürden für die Vergabe von Hypotheken für Renditeobjekte, die risikoreicher wurden als Kredite für selbstgenutzte Objekte, werden 2020 eingeführt. Die Massnahmen sollten zusätzlich verstärkt werden, indem ein formaler Rahmen für Kreditvergabestandards geschaffen wird, der auf einer «Comply-or-Explain»-Basis durchgesetzt wird.

Der Schweizer Finanzsektor ist ausserdem klimarelevanten Risiken ausgesetzt. Informationen über die Risiken würden den Anlegern helfen, fundiertere Entscheidungen zu treffen. Die Finanzierungsentscheidungen des Sektors können zur Eindämmung des Klimawandels beitragen. Eine Verbesserung der Offenlegung klimabezogener Risiken für Banken, Pensionsfonds und Versicherungsgesellschaften könnte die Investition in nachhaltige Vermögenswerte erhöhen und die mit kohlenstoffintensiven Engagements verbundenen Risiken verringern.

Abbildung 2. Das Wachstum hat sich von einem hohen Tempo verlangsamt



Quelle: OECD, *OECD Economic Outlook database*.





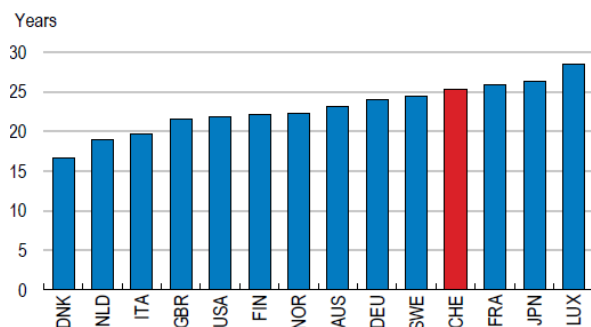
Rechtzeitig getroffene Massnahmen würden die Folgen der Alterung besser auffangen

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen haben mit der steigenden Lebenserwartung nicht Schritt gehalten. Das ordentliche Rentenalter für Männer beträgt seit seiner Einführung im Jahr 1948 65 Jahre, obwohl die Restlebenserwartung im Alter 65 seither um acht Jahre gestiegen ist. Das Rentenalter der Frauen liegt bei 64 Jahren. Dies impliziert, dass eine relativ lange Zeit im Ruhestand verbracht wird (Abbildung 3).

Das Rentensystem ermöglicht derzeit angemessene Einkommen im Ruhestand. Die meisten Angestellten profitieren heute von hohen Ersatzquoten, auch dank überobligatorischer Leistungen in der zweiten Säule. Die Ersatzquoten aus dem obligatorischen Teil des Vorsorgesystems werden in den kommenden Jahrzehnten jedoch sinken. Dies könnte eine zunehmende Einkommensungleichheit zur Folge haben oder den finanziellen Bedarf anderer Sozialwerke erhöhen. In der zweiten Säule ist der Prozentsatz, mit dem das im obligatorischen Teil der beruflichen Vorsorge angesparte Altersguthaben in eine Rente umgewandelt wird, gesetzlich festgelegt. Dieser Umwandlungssatz ist zu hoch, was die verfügbaren Leistungen für jüngere Generationen verringert.

Die öffentlichen Ausgaben für Altersrenten und Gesundheit werden mit zunehmender Alterung der Bevölkerung steigen. Die Belastung ist geringer als in vielen OECD-Ländern, wird jedoch zu einem grossen Teil die Kantone und Gemeinden treffen. Trotz der jüngsten Reformen bleibt die Nachhaltigkeit in der ersten Säule eine Herausforderung. Angesichts der finanzpolitischen Vorschriften drohen steigende altersbedingte Kosten andere öffentliche Ausgaben zu verdrängen.

Abbildung 3. Hohe antizipierte Dauer des Ruhestands
Für einen 1996 geborenen Mann



Quelle: OECD (2017), *Pensions at a Glance 2017: OECD and G20 indicators*; United Nations, (2019), *World Population Prospects: The 2019 Revision*.

Durch die Anhebung des Rentenalters könnten die Kosten der Alterung verringert werden. Die individuellen Altersguthaben würden sich erhöhen, der finanzielle Zusatzbedarf in der ersten Säule würde sich verringern, die staatlichen Einnahmen würden erhöht und das Wirtschaftswachstum angekurbelt. Das Rentenalter der Frauen sollte auf das der Männer angehoben werden. Anschliessend sollte das ordentliche Rentenalter schrittweise auf 67 angehoben und danach an die Lebenserwartung gekoppelt werden.

Die Hindernisse für eine längere Erwerbsdauer sollten angegangen werden.

Die Beschäftigungsquoten älterer Arbeitnehmer bis 65 Jahre sind vergleichsweise hoch. Dennoch üben eine mit dem Alter ansteigende Entlohnung zusammen mit höheren Sozialversicherungsbeitragsätzen negative Anreize auf die Einstellung und das Halten von älteren Arbeitnehmenden aus. Die jährliche Konferenz zum Thema ältere Arbeitnehmende, an welcher der Bund, die Kantone und die Sozialpartner teilnehmen, sollte genutzt werden, um Wege zu finden, wie das Lohnfestsetzungssystem flexibler gestaltet werden kann. Dies könnte Weiterbildungsmöglichkeiten einschliessen. Möglichkeiten zur Verbesserung der Rentenleistungen für Arbeitnehmer, welche nach dem 65. Lebensjahr erwerbstätig bleiben, werden in Betracht gezogen und sind zu begrüssen.

Eine Verlagerung des Steuermixes hin zu wachstumsfreundlicheren Quellen würde dazu beitragen, das System auf die Alterung vorzubereiten. Pläne zur Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes und zur Senkung der Einkommenssteuer für Zweitverdiener gehen in die richtige Richtung. Ein verstärkter Einsatz der Mehrwertsteuer, eine wiederkehrende Besteuerung von

unbeweglichem Vermögen und umweltbezogene Steuern können dazu beitragen, die Einkommenssteuer für Geringverdiener zu senken.

Die Dämpfung der Gesundheitskosten ist zu Recht eine Priorität der Regierung. Die durchschnittlichen Gesundheitsausgaben pro Person sind die zweithöchsten in der OECD. Geplante Reformen werden die Spalkosten, die Tarife und die Arzneimittelpreise angehen. Durch die Einführung elektronischer Patientendossiers können Koordination, Effizienz und Ergebnisse verbessert werden. Den Ärzten sollten Anreize gesetzt werden, um die Verbreitung des elektronischen Patientendossiers zu unterstützen und die neuen Möglichkeiten der Reform voll zu nutzen.

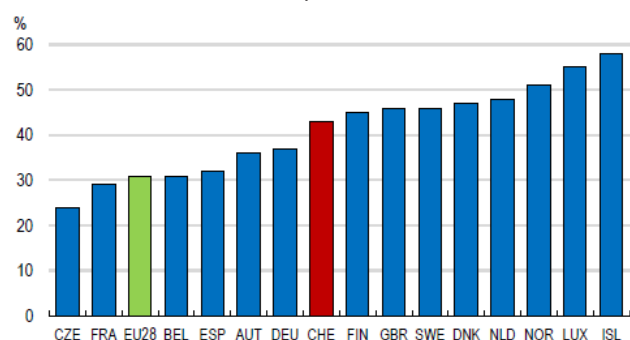
Mit zunehmendem Alter steigt der Pflegebedarf. Mehr als ein Fünftel der über 65-Jährigen nahm 2017 Leistungen der Langzeitpflege in Anspruch. Das Pflegesystem ist jedoch fragmentiert und die Ausgaben für die häusliche Pflege können selbst bei moderatem Bedarf unbezahlbar sein. Dies schafft Anreize, auch bei geringem Pflegebedarf in ein Pflegeheim zu ziehen, was weder effizient ist noch zur Verbesserung der Wohlfahrt beiträgt.

Die Schweiz kann vom Technologiewandel stärker profitieren

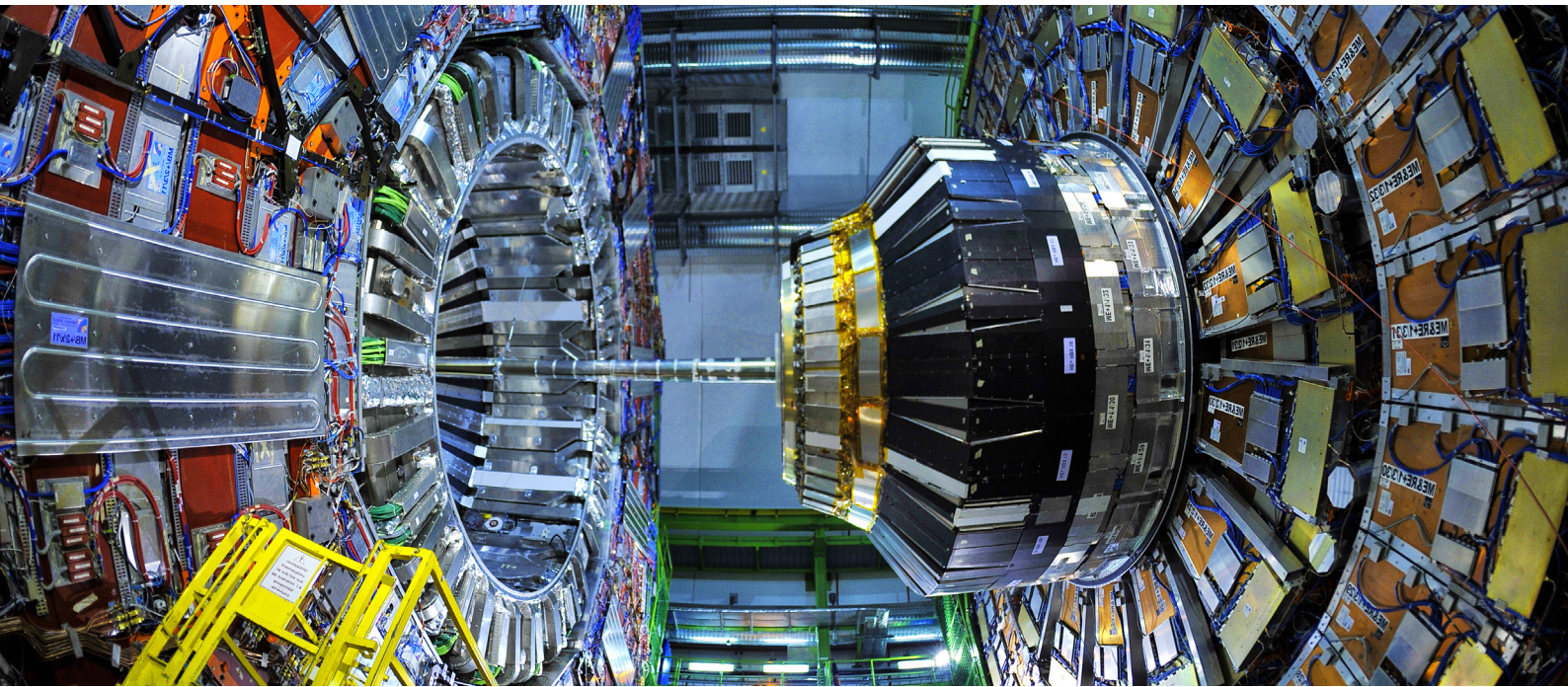
Mit ihren gut ausgebildeten Arbeitskräften, ihrer ausgezeichneten Infrastruktur und ihren hohen F&E-Ausgaben ist die Schweiz gut positioniert, um von neuen Technologien zu profitieren. Digitale Technologien können beispielsweise die Produktivität steigern. Deren Einsatz liegt im OECD-Durchschnitt und viele Unternehmen setzen digitale Technologien langsamer ein als in führenden Ländern.

Der Fachkräftemangel in IT-Bereichen behindert das Wachstum von Unternehmen und die Übernahme neuer Technologien. Die IT-Kompetenzen haben nicht mit den führenden Nationen Schritt gehalten (Abbildung 4). Eine Lockerung des Verfahrens für die Immigration von ausserhalb Europas würde den Fachkräftemangel verringern. Die Förderung wissenschaftlicher und technischer Kurse, insbesondere bei Frauen, würde mittelfristig zu einem besseren Angebot führen.

Abbildung 4. Die digitalen Fähigkeiten von Erwachsenen in der Schweiz bleiben hinter den Spitzenreitern zurück
Anteil Erwachsener mit fortgeschrittenen digitalen Kompetenzen



Quelle: : Eurostat, Digital Skills database.



Die Förderung eines dynamischeren Geschäftsumfelds kann die Einführung digitaler Technologien anregen. Marktzutrittsschranken, darunter Hindernisse für den interkantonalen Handel, dämpfen den Wettbewerbsdruck. Das Engagement der Regierung in Sektoren wie der Telekommunikation ist erheblich und die Regulierungsbehörden haben schwächere Befugnisse als anderswo. Die Handelsbeschränkungen für Dienstleistungen sind weiterhin erheblich. Ein strengerer Schutz der Privatsphäre und die Förderung eines besseren Managements digitaler Sicherheitsrisiken können zur Vertrauensbildung beitragen.

Die Umschulung und Verbesserung von Fähigkeiten sind von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass die Arbeitnehmenden bei der digitalen Transformation nicht ins Hintertreffen kommen. Dies wird auch die Renteneinkommen verbessern. Das lebenslange Lernen ist in der Schweiz gut etabliert, aber es ist weniger wahrscheinlich, dass Arbeitnehmer mit geringerem Bildungsstand und Personen ausserhalb der Erwerbsbevölkerung teilnehmen. Jüngst beschlossene Massnahmen zur Förderung der Ausbildung sind willkommen. Eine gezielte Unterstützung schutzbedürftiger Arbeitnehmer, beispielsweise durch Gutscheine, könnte die Inanspruchnahme weiter steigern. Die Ausgaben für gezielte Schulungsprogramme sollten erhöht werden. Umgekehrt könnten geplante

Massnahmen zur Gewährung von Geldleistungen für Arbeitsuchende über 60 die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmender senken.

Der Ausbau der digitalen Verwaltung kann die Produktivität steigern und die Dienstleistungen verbessern. Die geplante Einführung einer elektronischen Identifizierung wird ein grosses Hindernis für das E-Government überwinden. Die Politikgestaltung wird auch durch die mangelnde Verfügbarkeit von Daten behindert. Die Umsetzung der OECD «Going Digital-Roadmap» zur Messung des digitalen Wandels mit einer Priorität auf aktuelleren und international vergleichbaren Daten würde eine solide Grundlage für die Politik bilden.

Neue Technologien wie Elektrofahrzeuge und Mitfahrplattformen können die CO₂-Emission der Schweiz senken. Im Jahr 2018 gekaufte Autos stossen 14% mehr CO₂ aus als im EU-Durchschnitt. Die Regierung strebt an, den Anteil von Elektrofahrzeugen am Neukauf von 3% im Jahr 2018 auf 15% bis 2022 zu erhöhen. Die Verknüpfung des Steuersatzes für den Fahrzeugkauf mit den Emissionen würde die Preisanreize für den Kauf emissionsarmer Fahrzeuge stärken. Dies könnte zudem dazu beitragen, dass mehr Kantone ihre jährlichen Steuern an sauberere Autos koppeln. Die Verpflichtung zur Bereitstellung von Ladestationen in neuen Gebäuden würde die Einführung unterstützen.

OECD-Wirtschaftsberichte

SCHWEIZ

Die Menschen in der Schweiz genießen nach vielen Kriterien weiterhin einen hohen Lebensstandard. Das Wirtschaftswachstum hat sich verlangsamt, die kräftige Arbeitsmarktentwicklung stützt aber nach wie vor Einkommen und Konsum. Der Ausblick ist jedoch von Risiken überschattet. Die Geldpolitik ist sehr akkommodierend, durch die tiefen Zinsen erhöhen sich aber die finanziellen Risiken. Die Haushaltspolitik ist solide und die Verschuldung niedrig. Der fiskalische Spielraum könnte daher stärker genutzt werden. Dringend notwendig sind Anpassungen an die Alterung der Bevölkerung. Zusammen mit dem digitalen Wandel eröffnet dies neue Chancen für Wirtschaft und Gesellschaft, schafft aber zugleich neue Herausforderungen. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen haben nicht mit der steigenden Lebenserwartung Schritt gehalten, vor allem was das ordentliche Rentenalter betrifft. Durch die Modernisierung des Rentensystems und den Abbau von Hindernissen für eine längere Erwerbsdauer lässt sich sicherstellen, dass die Menschen auch in Zukunft ein angemessenes Einkommen im Ruhestand beziehen. Die Alterung der Bevölkerung führt zu zusätzlichem Druck bei den Gesundheitsausgaben und erhöht die Nachfrage nach Pflegeleistungen. Maßnahmen zur Eindämmung der Kosten und Verringerung der Fragmentierung können helfen, den Zugang zu guter Versorgung zu sichern. Die Schweiz ist gut platziert, um die Chancen neuer Technologien zu nutzen. Daher gilt es, Hindernisse für die Technologieeinführung abzubauen, die Verfügbarkeit von Daten zu verbessern und die Arbeitskräfte bei der Anpassung an neue Gegebenheiten zu unterstützen – dann können Unternehmen, Privatpersonen und staatliche Stellen vom ganzen Potential der Digitalisierung profitieren.

SONDERTHEMA: POLITISCHE MASSNAHMEN FÜR EINE ALTERNDE GESELLSCHAFT

[oe.cd/switzerland](https://www.oecd.org/switzerland)

Photo credits:

Page 3: @ Region Olten Tourismus

Page 5: @ Fordak/Shutterstock.com

Page 7: @ D-VISIONS/Shutterstock.com